

# HANNOVERSCHES VOLKSBLATT

Zeitung der **DKP** Hannover, März 2019

[www.dkp-hannover.de](http://www.dkp-hannover.de)



## Hände weg von Venezuela!

Im 20. Jahr der NATO - Bombardierung Jugoslawiens (24.03.1999) versuchen USA, EU und BRD erneut, eine ihr unbequeme Regierung aus dem Weg zu räumen. Heute geht es um die Bolivarische Republik Venezuela, die seit zwanzig Jahren an der Seite des sozialistischen Kubas steht. Zielperson ist der mit 64% der Stimmen wiedergewählte Präsident Venezuelas Nicolás Maduro. Schon 2013, 2014, 2016 und 2017 haben Putschversuche stattgefunden. Und nun der der fünfte Putschversuch, der am 23. Januar mit der Selbsternennung eines Marionettenpräsidenten der USA vollendet werden sollte. Er ist in seiner Anfangsphase fehlgeschlagen, wird aber weiter das offen angedrohte Ziel der Trump-Regierung, der NATO und Teilen der EU unter Führung der deutschen Regierung bleiben. Dabei bringen die illegalen Strafmaßnahmen der USA und der NATO-Alliierten große Opfer für die Bevölkerung mit sich. Nach dem Motto: Je mehr Hunger, umso mehr Bereitschaft der Menschen, um für die USA unbequeme Regierungen zu stürzen. Das wird jetzt schon 20 Jahre lang in Venezuela versucht.

Das venezolanische Staat, illegalen Sanktionen schaft von Hugo Milliarden Dollar werden von den zehn Milliarden Dollar blockiert. Diese reichen, um genügend Medikamente für die Tiere. Der Hauptschuldige westlichen Medien behaupten, der Imperialismus der USA und eine kriminelle Verletzung der Menschenrechte. Venezuela braucht keine »humanitäre Hilfe«, sondern die Wirtschaftssanktionen und die Blockade müssen aufgehoben werden.

Das abschreckende Beispiel der Bombardierung Jugoslawiens, die zerstörerischen NATO-Kriege im Irak, in Libyen und Syrien sind Warnung und Drohung zugleich. Die fortschrittlichen Kräfte Venezuelas, die hinter der chavistischen Bewegung und ihrem Präsidenten Maduro stehen, brauchen unsere antiimperialistische internationale Solidarität. Es gibt keinen dritten Weg: Sozialismus oder Barbarei.



## 8. März Inter- nationaler Frauentag

Im Jahr 1909 streikten in New York 20 000 Näherinnen zwei Monate erfolgreich für bessere Löhne. In Kopenhagen beschloss 1910 daraufhin die II. Internationale Sozialistische Frauenkonferenz auf Initiative der deutschen Delegierten Clara Zetkin, die Einführung eines jährlichen Internationalen Frauentages. Der erste Internationale Frauentag fand im März 1911 in Dänemark, Österreich, Deutschland, der Schweiz und den USA statt. Seit 1922 wird der Internationale Frauentag weltweit am 8. März gefeiert. Die zentrale politische Forderung des ersten Frauentages 1911 war das Wahlrecht für Frauen, also die politische Gleichberechtigung..

Dieses Wahlrecht wurde durch die Novemberrevolution 1918 in Deutschland erkämpft.

Die rechtliche Gleichstellung erfolgte erst 1957 mit dem Gleichberechtigungsgesetz. Damit wurde die rechtliche Unmündigkeit der Frau gegenüber ihrem Ehemann beseitigt. Sie konnte jetzt erstmals frei über eigenes Geld verfügen und ohne Erlaubnis des Mannes eine Arbeit aufnehmen oder einen Führerschein machen.

# Godehardistift: Wirtschaftsinteressen gegen Menschlichkeit

„Wir pflegen Menschlichkeit“, ist in einer Schautafel vor dem Seniorenzentrum Godehardistift in der Lindener Posthornstraße zu lesen. Überhaupt nicht menschenfreundlich, sondern schlichtweg unsozial, ist allerdings die jetzt verkündete Absicht der Berliner Betreibergesellschaft „Evangelisches Johannesstift“ das Pflegeheim zum Jahresende zu schließen.

Mit Bestürzung, Angst und Trauer reagierten die 80 betagten Bewohner/innen der Einrichtung. Eine Abordnung der 80 Pflegekräfte, die seit über zwei Jahren auf Lohnerhöhungen verzichtet haben, protestierte mit gelben Warnwesten beim Lindener Bezirksrat gegen die Schließungspläne. Auch der ansässigen Kinderkrippe „Junges Gemüse“ droht das Aus und die Erzieherinnen müssen um ihre Arbeitsplätze bangen.

Die Betreiber führen den schlechten baulichen Zustand des Hauses an, haben allerdings seit Jahren die Sanierung des

Gebäudes torpediert und sich erst vor Kurzem um die Frage eines Ersatzgrundstückes für einen Neubau gekümmert. Möglicherweise lockt auch der gewinnbringende Verkauf des Grundstückes.

Und was soll aus den Senior-innen werden? Welche Perspektive haben die Kinder des „Jungen Gemüse“?

Notwendig ist jetzt die Einschaltung eines unabhängigen Gebäudegutachters sowie die Suche nach einem geeigneten Grundstück für einen Neubau.

Der Jahresumsatz der „gemeinnützigen Aktiengesellschaft“ des Pflegeheimbetreibers und seines diakonischen Fusionspartners beträgt übrigens fast 600 Millionen Euro. Für den „Evangelischen Johannesstift“ jedenfalls stellt sich jetzt die Frage, wie er es mit seiner sozialen Verpflichtung und auch mit seiner christlichen Verantwortung hält. Steht dort die behauptete Menschlichkeit tatsächlich im Vordergrund oder nur das geldgeile Schielen auf die Profitrate?

**Wer sich für den Erhalt des Godehardistiftes einsetzen möchte, kann folgende Online-Petition unterstützen:**  
<https://www.openpetition.de/petition/online/das-seniorenzentrum-godehardistift-muss-bleiben>



**Godehardistift: Von unsozialen Schließungsplänen bedroht**

## 8. März Internationaler Frauentag

Die volle Selbstbestimmung über ihren Körper wird den Frauen bis heute durch den § 218 Strafgesetzbuch verwehrt und selbst das Informationsrecht über Abtreibung steht nach der lächerlichen Neufassung des § 219a durch den Bundestag im Januar 2019 grundsätzlich weiter unter Strafe.

Das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit wurde erstmals 1973 durch den Streik der Frauen der Firma Pierburg in Neuss, die sich gegen die diskriminierende Einstufung in sogenannte Leichtlohngruppen wehrten, durchgesetzt. Trotzdem bekommen auch heute noch Frauen im Durchschnitt 25% weniger Verdienst als Männer.

Heute geht es um Gleichstellung in Politik, Wirtschaft, Beruf und Gesellschaft. Die bürgerlichen Parteien haben dabei neuerdings die Frauenquote in den Vorständen und Aufsichtsräten der Unternehmen entdeckt. Als ob ein weibliches Management Garant für mehr soziale Gerechtigkeit in den Betrieben wäre. Aber auch unter weiblicher Führung funktionieren Aktiengesellschaften nach dem Profitprinzip, das ist weder weiblich noch männlich, sondern kapitalistisch.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, bedarfsgerechte Betreuungs- und Bildungseinrichtungen für alle Kinder sind erforderlich. Außerdem müssen neue Arbeitszeitmodelle her: von der allgemeinen Verkürzung der Wochenarbeitszeit über Arbeitszeitverkürzung auf Wunsch der Beschäftigten und flexible Arbeitszeiten nach den jeweiligen individuellen Lebenslagen bis zu vom Betrieb finanzierten Qualifizierungszeiten für die berufliche Weiterentwicklung.

**„Der gesellschaftliche Fortschritt lässt sich exakt messen an der gesellschaftlichen Stellung des schönen Geschlechts.“**

*Karl Marx in einem Brief an den hannoverschen Arzt Ludwig Kugelmann vom 12. Dezember 1868*

# DKP zur Europawahl am 26. Mai 2019

## Gegen das EU-Europa der Banken, Konzerne und Kriegstreiber Für ein soziales und friedliches Europa der Völker

**Im EU-Wahljahr 2019 feiert sich die EU als Garant des Friedens, einer sozialen und lebenswerten Zukunft. Das hat mit der Realität der meisten Menschen in der Bundesrepublik Deutschland und den anderen EU-Ländern nichts zu tun:**

Billiglöhne, Armutsrenten, unbezahlbare Mieten und Gesundheitskosten prägen immer mehr den Alltag. Millionen leben von der Hand in den Mund. Während eine superreiche Finanzelite, die Eigentümer der Banken und Konzerne sowie Großaktionäre mit Hilfe der EU Milliardengelder in die Absicherung ihrer Profite stecken, wird die Zukunftsperspektive der ArbeiterInnen, der Angestellten, der RentnerInnen und der Jugend düster. Die Politik der EU steht für Sozialkürzungspolitik per Schuldenbremse, Privatisierung öffentlichen Eigentums, finanzielle Erdrosselung der Kommunen. Mit Sanktionen gegen Syrien und Aufrüstung gegen Russland steht die EU fest an der Seite von NATO und USA.

### **Die DKP sagt Nein zur EU!**

Die DKP kandidiert am 26. Mai 2019 zu den EU-Wahlen, um den Widerstand gegen Krieg, Sozial- und Demokratieabbau in diesem Land zu stärken und dem Widerstand gegen die EU eine fortschrittliche Stimme zu geben.

### **Die EU steht für Ausbeutung!**

Wenn die EU von Freiheit spricht, ist stets die Freiheit der Banken und Konzerne gemeint. Kapitalverkehrsfreiheit, EU-Freihandelsabkommen und die „Freiheit des Personenverkehrs“ in der EU bedeuten

Ausbeutung pur. Fachkräfte und gut ausgebildete Arbeitskräfte vor allem aus Afrika und dem Nahen Osten, aber auch gering Qualifizierte zum Beispiel aus ärmeren Ländern der EU-Peripherie sind durchaus willkommen. Diese Migrationspolitik zeigt das wahre Gesicht von Merkels „Willkommenskultur“ und entlarvt die Heuchelei in der Flüchtlingsdebatte.

Arbeitskräfte aus dem Ausland werden zum Beispiel im Gesundheitswesen zu Niedriglöhnen und zu miesen Arbeitsbedingungen angeworben. Diese neokoloniale Politik blutet die Herkunftsländer aus, weil dort Fachkräfte abgezogen werden. Gleichzeitig erhöht sie den Druck auf Löhne und Arbeitsbedingungen in diesem Land. Flüchtlinge und Migranten werden als Druckmittel gegen die einheimischen Beschäftigten instrumentalisiert. Rassismus und das Erstarken rechter Bewegungen sind dabei kein Kollateralschaden, sondern werden

bewusst in Kauf genommen, um von den Verursachern der Misere abzulenken.

### **Die EU ist nicht reformierbar!**

Die EU war – darüber können auch verbale Trostpflaster wie die EU-Sozialcharta nicht hinwegtäuschen – zu keiner Zeit ein Projekt des Friedens und des sozialen Zusammenhalts. Die „Europäische Einigung“ war von Beginn an ein zutiefst reaktionäres Projekt als Bollwerk gegen den Sozialismus. Im Gegensatz auch zu manchem Politiker der Partei „Die Linke“ halten die KommunistInnen die EU nicht für reformierbar. Sie muss überwunden werden. Ein Schritt dahin wäre der Austritt aus der EU. Dass das kein Hirngespinnst ist, zeigt die Volksabstimmung in Großbritannien, auch wenn der Wille der Bevölkerung mit dem Brexit-Deal Theresa Mays zunächst ad absurdum geführt werden soll.

## **Forderungen der DKP für ein soziales, antimilitaristisches und demokratisches Europa**

**Die DKP sagt: Abrüsten statt Aufrüsten! Weg mit dem 2-Prozent-Ziel der NATO! Schluss mit allen Auslandseinsätzen der Bundeswehr!**

**Kein Aufbau einer EU-Armee!**

**Die DKP sagt: Deutschland raus aus der NATO! US-Atomwaffen raus aus Deutschland! Frieden mit Russland!**

**Die DKP sagt: Fluchtverursacher bekämpfen, nicht Geflüchtete! Frontex abschaffen!**

**Die DKP sagt: Solidarität statt Ausgrenzung.**

**Für Gesetzliche Mindestlöhne ohne Ausnahmen.**

**Die DKP sagt: Stoppt Privatisierungen. Für die Vergesellschaftung von Banken und Konzernen!**

**Die DKP steht für Solidarität und Internationalismus, für die Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg!**

**Die DKP sagt: Kapitalismus abschaffen! Für den Sozialismus kämpfen!**

## Sozialbindung: Der Gebrauch des Eigentums soll dem Gemeinwohl zugute kommen!

Nach dem Urteil des Bundesgerichtshofes (BGH) soll es „keine ewigen Belegrechte“ für Sozialwohnungen geben. „Ich kann endlich mein Eigentumsrecht ausüben“ frohlockte der Gartenheim-Genossenschaftsvorsitzende Haese .

Der BGH hatte zugunsten der Eigentümer entschieden, dass Belegrechte trotz öffentlicher Förderung nicht unbefristet sein dürfen. Gartenheim besitzt rund 4100 Wohnungen und hat mehr als 6300 Genossenschaftsmitglieder. „Wir sind ein solides, effizient geführtes Wirtschaftsunternehmen mit rund 50% Eigenkapital“; uns „geht es hier in erster Linie nicht um Moral und gesellschaftliche Verpflichtung, sondern im Kern um ein ausgewogenes kaufmännisches Gleichgewichtsprinzip.“ Haese vertritt in „seiner“ Genossenschaft recht eigentümlich den „Herr-im-Hause Standpunkt“, wie er sich gegen Belegrechte der Stadt äußert: „Soziale Schieflagen, die in solchen Wohnanlagen entstehen können, weil die Vermieter nicht mehr vollwertig über die Zusammensetzung ihrer Mietergruppen selbst entscheiden können, sondern man sich hier kommunalem Durchgriffsrecht beugen muss, liegen auf der Hand. Durch zusätzlich dauerhaft niedrig festgelegte Mieten schmälert sich ebenfalls die wirtschaftliche Tragfähigkeit einer solchen Bauinvestition.“

Gegen das Geschäftsgebaren solcher Genossenschaftsvorsitzenden tut sich was:

*„Im Bemühen um mehr bezahlbaren Wohnraum in den Ballungsgebieten fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in Niedersachsen die Gründung einer landeseigenen Wohnungsbau-Gesellschaft. Durch mehr Wohnungen in öffentlichem Besitz könnten Mieten dauerhaft gedämpft und das Angebot an bezahlbaren Wohnungen erhöht werden, sagte der DGB-Landesvorsitzende Mehrdad Payandeh der Deutschen Presse-Agentur.“ (HAZ 28.1.2019)*

### UZ - Bestellschein

#### Unsere Zeit

Sozialistische Wochenzeitung - Zeitung der DKP

#### UZ 6 Wochen probelesen - als Druckausgabe und online!

Ich möchte die UZ 6 Wochen probelesen.  
Der Bezug ist kostenlos und endet automatisch.

Name .....

Vorname .....

Straße, Nr. ....

PLZ, Ort .....

Coupon einsenden an:

ComPress Verlag GmbH, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen

Fax: 0201-177889-28, E-Mail: [info@unsere-zeit.de](mailto:info@unsere-zeit.de)

## Ostermarsch 2019 in Hannover

**Die DKP Hannover ruft auf: Beteiligt euch am Ostermarsch für den Frieden – am Samstag, 20. April, 10.30 Uhr, Kröpcke.**

In einer Zeit, in der ...

... US-Truppen und Kriegsgeräte in Richtung Russland quer durch Deutschland transportiert werden und damit den neuen Kalten Krieg anheizen

... die EU und die deutsche Bundesregierung schamlos den von der US-Regierung organisierten Putschversuch gegen die rechtmäßige Regierung in Venezuela unterstützen

... der Militärhaushalt auf Kosten von Gesundheitsversorgung, Rente und Bildung NATO-gemäß immer weiter erhöht wird

... deutsche Soldaten als Kanonenfutter für die Weltmachtfantasien von Merkel, Maas und v. d. Leyen von Afghanistan bis Mali verheizt werden

... US-Atombomben immer noch auf deutschem Boden in Büchel in der Eifel lagern

... die Bundeswehr 150 km vor der russischen Westgrenze steht und Russland droht

... müssen wir ein starkes Zeichen für Frieden und Abrüstung setzen!

**Ostersamstag  
10.30 Uhr Kröpcke  
11.00 Uhr Aegidienkirche  
12.00 Uhr Steintor**

### Termine und Aktionen der DKP Hannover

#### Stadtteilgruppe

##### Linden

nächste Treffen:

Montag,

1. und 29. April

19.30 Uhr

Freizeitheim Linden,  
Windheimstr. 4

#### Stadtteilgruppe

##### Mitte

nächstes Treffen:

Montag,

18. März

19.00 Uhr

DKP-Kreisbüro,  
Göttinger Str. 58

Wir laden jede Woche ein zum

## Roten Freitag

Zum Klönen und Diskutieren über

Dit und Dat bei Kaffee und Keksen

**von 16:00 bis 18:00 Uhr**

**DKP-Kreisbüro, Göttinger Straße 58**